

Resolution der Evangelischen Jugend von Westfalen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus

Unser Kreuz hat keine Haken |

Evangelische Jugend für Toleranz und Vielfalt gegen Rassismus und Eifalt

Die Evangelische Jugendkonferenz von Westfalen hat sich intensiv mit der Ideologie und dem Terror des Nationalsozialismus und den Wurzeln und den vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auf der Wewelsburg auseinandergesetzt und beschließt deshalb:

Wir schauen nicht weg

Als Christinnen und Christen können wir jeglichem Ansatz von Rassismus, Abwertung und Diskriminierung von Menschengruppen und Religionszugehörigkeiten sowie rechter Gewalt nicht tatenlos zusehen. Weil Jesus Christus ausnahmslose Nächstenliebe praktiziert hat und am Kreuz für alle Menschen gestorben ist, hat für uns Christen kein Mensch das Recht, sich über den anderen zu stellen. Jeder Mensch ist durch die Ebenbildlichkeit Gottes gleichwertig und verfügt über die gottgegebene Würde. Die Kirche Jesu Christi ist multikulturell!

Wir bezeugen und handeln

Als Evangelische Jugend von Westfalen bezeugen wir das Evangelium und orientieren unser Handeln an der Heiligen Schrift.

Deshalb dürfen Verharmlosung von Verbrechen der NS-Zeit und die Verleugnung der Gottesebenbildlichkeit und Verletzung der Menschenwürde, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz haben. Ein totalitäres System wie der Nationalsozialismus mit autoritärer Willkür, Unfreiheit, Krieg und Massenmorden z.B. in Konzentrationslagern darf nie wieder sein!

Daher sehen wir uns herausgefordert dieser Entwicklung dauerhaft etwas entgegenzusetzen. Durch eine vielfältige Bildungsarbeit versetzen wir Jugendliche in die Lage, selbstständig zu einer reflektierten Sicht auf gesellschaftliche und politische Prozesse zu kommen. Projekte wie „Evangelische Jugend forscht nach Namen von Heldinnen und Helden im Widerstand“ sind eine beispielhafte Form der Auseinandersetzung. Eine negative Geschichte wie in Wewelsburg kann aufgearbeitet werden ohne zu verurteilen.

Wir treten ein

- für Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte
- für Akzeptanz der Verschiedenartigkeit und Vielfalt von Menschen
- für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit
- für Nächstenliebe, Solidarität und aktive Gewaltlosigkeit
- für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Wir verpflichten uns

- die Vergangenheit nicht zu vergessen, sondern an sie zu erinnern, damit die Verbrechen des Nationalsozialismus sich nie wiederholen
- Alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dürfen in unseren vielfältigen Angeboten Zugehörigkeit erfahren, die eigene Persönlichkeit entwickeln und solidarisches Handeln lernen.
- Wir bieten jungen Menschen in einer inklusiven Gemeinschaft Begegnungsmöglichkeiten, ein breites Lebens-, Lern- und Erfahrungsfeld und geben ihnen Teilhabemöglichkeiten.
- Die Arbeit der Evangelischen Jugend ist für alle Kinder und Jugendliche ausgelegt und lädt bisher nicht erreichte Jugendliche in unsere Gemeinschaften ein und sorgt für den Schutz von Opfern.
- Wir thematisieren regelmäßig Rassismus, Rechtsextremismus und Intoleranz in unseren Gruppen, auf Freizeiten und in Projekten.
- Was wir im Alltag erleben und erfahren, setzen wir in politisches Handeln um, werden selbst initiativ und unterstützen Initiativen, die gegen Rechts vorgehen.
- Wir stehen in friedlichem und konstruktivem Austausch, auch über Grenzen und Konfessionen hinweg. Die internationale Partnerschaftsarbeit hat eine lange Tradition in der Evangelischen Jugend.
- Wir beteiligen uns an vielfältigen Aktivitäten im interreligiösen Dialog.
- Wir setzen uns ein für Ausbildungsplätze in ausreichender Anzahl, weil junge Menschen verlässliche Zukunftsperspektiven brauchen. Sozial benachteiligte Jugendliche erfahren bei uns Unterstützung.
- Wir setzen uns für ein besseres Aufenthaltsrecht und Inklusion besonders für Flüchtlinge ein.

Wir rufen auf

- zur Aufnahme des Themas Rassismus und Rechtsextremismus in die Aus- bzw. Weiterbildung
- zum Ausbau der Gedenkstättenarbeit z.B. „Wider das Vergessen“ und „Botschafter der Erinnerung“
- zu einer intensiveren Aufklärungsarbeit in der Evangelischen Jugend, Schule und Gesellschaft
- zu einer konsequenten Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten seitens der Zivilgesellschaft und des Staates sowie der Strafverfolgung rassistischer und rechtsextremer Straftaten
- zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Positionen
- zum bewussten Gebrauch des Wahlrechtes
- Sich mit der Thematik auseinanderzusetzen z.B. durch aktuelle Veranstaltungen und Projekte
- Sich an Aktionsbündnissen und Kundgebungen zu beteiligen und diese zu unterstützen
- Toleranz zu üben und gerechten und vorurteilskritischen Sprachgebrauch umzusetzen
- Gemeinsam an der Entwicklung einer toleranten und offenen Gesellschaft mitzuwirken
- Zivilcourage zu zeigen und zu unterstützen: Hinsehen statt Wegsehen. Handeln statt Zögern!

Erläuterung

Rassismus, Nationalismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus und rechte Gewalt sind schon lange kein Randphänomen der Gesellschaft mehr. „Der Kampf um die Köpfe und um die Straße für ein Reich“ wird schon längst geführt. Es gibt Stadtteile in Westfalen, in denen Menschen bedroht, eingeschüchtert und angegriffen werden. Die bei Rechtsextremen anzutreffende Ideologie der Ungleichheit und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit spricht Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Prägung einen unterschiedlichen Wert zu und führt zu Abwertungen und Diskriminierungen und beziehen sich offen oder versteckt auf den Nationalsozialismus. Doch Abwandlungen dieses braunen Gedankenguts sind nicht nur auf rechte Gruppierungen beschränkt.

Auch im Alltagsleben finden sich intolerante Grundeinstellungen, autoritäre und chauvinistische Denkmuster, Gewaltbereitschaft gegen Andersdenkende und eine Ablehnung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Dies betrifft nicht nur aktive Demokraten und Demokratinnen, sondern die Schwächsten der Gesellschaft: Obdachlose, ALG 2-Empfängerinnen und Empfänger, Einwanderer und Einwanderinnen aus dem Balkan und besonders Flüchtlinge.

Verschiedene Studien zeigen, dass das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern nicht das wirkliche Gedankengut widerspiegelt, denn bei ca. 25 % der Deutschen sind ausländerfeindliche Einstellungen vorhanden. Besonders Muslime sind betroffen. Darüber hinaus zeigt sich, dass im Durchschnitt ca. 10 % der Bevölkerung als rechtsextrem eingestuft werden können.

Diese Einstellungen reichen auch hinein in Schulen, Vereine und in staatliche Behörden wie der Untersuchungsausschuss zu den Morden des NSU festgestellt hat. Hiervon sind wir als Evangelische Jugend nicht ausgenommen.

Diese Grundstimmung mobilisiert rechtsextreme Gruppen besonders sich an die Zielgruppe Jugendliche zu wenden. So verteilt u.a. die NPD viele Tausend „Schulhof-CDs“ an Jugendliche, organisiert zahlreiche Konzerte mit rechter Musik und rechte Organisationen im Web 2.0 aktiv. Durch Facebook, Twitter, You Tube und attraktive Homepages sollen Jugendliche interessiert und an die rechte Szene herangeführt werden.

Beeinflusst durch eine schwierige Situation am Arbeitsmarkt, die Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung und die Bedrohung der Umwelt sowie die Veränderung traditioneller Familien- und Sozialstrukturen sieht sich unsere Gesellschaft vor Problemen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Doch genau hier setzen rechtsextreme Parteien an und geben vor, für komplexe Fragestellungen einfache Lösungen bereitzuhalten.

Hervorzuheben ist hierbei auch der Wandel im Auftreten. Es sind längst nicht mehr nur die Rechten mit Springerstiefeln und Bomberjacken oder die Autonomen Nationalisten, die eine Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft darstellen, sondern auch die scheinbar vertrauenswürdigen und netten Leute, die als Populisten mit dem Schüren von Ängsten und Vorurteilen um die Gunst der Bürgerinnen und Bürger werben.

Beschluss der EJKW am 13.10.2013 auf der Wewelsburg